

Wolfgang Heuer:

**Münsters Zukunft gehört in gute Hände -
Politik für eine solidarische Mehrheit**

**Rede auf der Mitgliederversammlung der SPD Münster am 20. Juni 2008 zur
Nominierung des Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters.**

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Gäste,

unsere Nationalmannschaft hat es gestern abend perfekt vorgemacht: Mit der richtigen personellen Weichenstellung zum Erfolg. Ich denke: So wollen wir es auch machen!

Der Vorstand der SPD Münster schlägt mich als Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters in unserer Stadt vor. Für dieses Vertrauen danke ich und sage: Ja, ich trete an, weil ich überzeugt davon bin, dass ich im kommenden Jahr gute Chancen habe, zum Oberbürgermeister gewählt zu werden.

Ich strebe eine klare Mehrheit an und will Oberbürgermeister für alle Münsteranerinnen und Münsteraner werden. Die Chancen stehen gut. Denn die Bürgerinnen und Bürger sehnen einen Wechsel herbei. Es soll Schluss sein mit einer ungerechten Politik, die Lasten einseitig verteilt, die das Gespräch verweigert und die wichtige Voraussetzungen für zukünftige Generationen nicht schafft.

Wir alle wissen: Auch Münster steht bei den Themen Bildung, Betreuung, sozialer Ausgleich, Demographie sowie als Oberzentrum vor großen Herausforderungen. Doch von Schwarz-Gelb sind wirklich überzeugende Initiativen in diesen Bereichen nicht bekannt. Die „geschwächte Stadt“, das ist Botschaft und Bilanz dieser Ära. Und die Mitstreiter heißen Rödl, Deregulierung und Abbau.

Immerhin - und das ist das Gute an den Auseinandersetzungen der letzten Jahre -: Die Münsteraner Bürgerschaft hat selbstbewusst, mündig und kompetent gegen viele der schwarz-gelben Zumutungen aufbegehrt. Und wir konnten gemeinsam mit den Bürgern oft nachweisen, dass mit einer anderen Politik ein vielfacher Mehrwert für Münster erzielt werden kann.

Trotz des teilweise heftigen Protests hat Schwarz-Gelb in vielen Bereichen nichts von der fehlgeleiteten Politik zurückgenommen: Ich nenne beispielhaft die Bereiche Familienhilfe, Erzieherinnengehälter, Wohnungsversorgung von Hartz IV-Empfängern, Klimaschutz, Schulsanierung, Sozialtarife oder Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. - Einer Politik, die Lasten ungerecht verteilt und die soziale Schieflage zementiert.

Die schwarz-gelbe Rathausmehrheit hat in den vergangenen Jahren in vielen Bereichen der Stadtpolitik eine Umverteilung vorgenommen, die vor allem auf Kosten der einkommensschwächeren und weniger einflussreichen Teile der Gesellschaft erfolgt ist. Wesentliche Kennzeichen dieser Politik sind unausgewogene und ungerechte Kürzungsmaßnahmen, die einseitige Orientierung auf Wirtschaftsinteressen und eine fehlende Einsicht in die Belange von Natur und Umwelt. Die von der CDU-Spitze propagierte „wachsende Stadt“ kündigt eine Fortsetzung diesen Kurses auch für die Zukunft an. Als Folge von Schwarz-Gelb ist bereits heute eine Entsolidarisierung in unserer Stadt sichtbar, die nur durch ein entschiedenes Umsteuern aufgehoben werden kann.

Dabei dürfen wir uns, wie schon erwähnt, nichts vormachen: Wie viele Großstädte stehen auch wir vor Herausforderungen, die sich aus allgemeinen Entwicklungen wie dem demographischen Wandel, der Globalisierung oder dem Klimawandel ergeben. Wir stehen mit anderen Städten im näheren und weiteren Umfeld in einem absehbaren Wettbewerb um „Neubürger“. Darum müssen wir heute aktiv werden, um Münsters Zukunftschancen zu wahren.

Das wird aber nur gelingen, wenn wir Münster wieder ins Gleichgewicht bringen. Die Bürgerinnen und Bürger wünschen sich einen Aufbruch in die Zukunft. Dieses neue Gleichgewicht und dieser Aufbruch sind nur mit einem Politikwechsel im Rathaus zu erreichen.

Was gilt es dafür zu tun? Wie sieht das Münster der Zukunft aus?

Dazu möchte ich vier ausgesuchte zentrale Leitideen für eine Politik der Jahre 2009 bis 2015 beschreiben. Das soll keine träumerische Vision für das nächste Jahrhundert sein, sondern anknüpfen an die Wirklichkeit unserer Stadt heute. Es geht auch nicht um ein fertiges Wahl- oder Regierungsprogramm, sondern um die Richtung einer sozialen und zugleich modernen Politik für Münster. Für eine neue solidarische Mehrheit.

Grundlage dieser Ideen ist u.a. meine Erfahrung als Kommunalpolitiker. Ich bin jetzt seit 9 Jahren in Ausschüssen bzw. im Rat aktiv und ich trage jetzt im 7. Jahr Verantwortung als Vorsitzender der Ratsfraktion. Dabei habe ich die Überzeugung gefunden, dass Kommunalpolitik vor allem den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort verpflichtet ist. Gute Lebensqualität und praktische Lebenshilfe: hierzu muss Kommunalpolitik überzeugende Beiträge leisten. Deshalb ist mein Ehrgeiz darauf gerichtet, eine kompetente und verlässliche Politik mitzugestalten, die der großen Zahl der Menschen die Chance bietet, Talente zur Geltung zu bringen, berufliche Sicherheit zu wahren, Freiheit zu nutzen, gut zu wohnen und sich selbst verwirklichen zu können.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir wollen nicht alles anders, aber manches besser machen als die Konservativen. Wir wissen von den Bundestagswahlen: Wir sind in Münster mehrheitsfähig, wenn es uns gelingt, unser Potential auszuschöpfen. Das ist so, auch heute. Dazu brauchen wir ein Politikangebot, das die praktischen Fragen der Zukunft der Stadt beantwortet und gleichzeitig die immer mehrheitsfähigen Grundwerte der Sozialdemokratie ins kommunalpolitische Handeln übersetzt.

Das Ganze muss repräsentiert werden von Personen, die das glaubwürdig vermitteln und gegenüber allen Bevölkerungsschichten dialogfähig sind. Nicht Besser-Wissen, sondern Besser-machen!

Liebe Genossinnen und Genossen, Das Amt des Oberbürgermeisters ist u.a. eine Management- und Kommunikationsaufgabe und – Gott sei Dank – kein Zirkusdirektorenamt. Die Münsteraner haben zu recht die Erwartung, dass diese Aufgabe gut und mit hohem Einsatz erledigt wird. Dieser Erwartung will ich – im Falle meiner Wahl – gerecht werden.

Damit komme ich zu meiner ersten Leitvorstellung:

1. Bürgerstadt Münster: Stadtpolitik im Dialog

Mein Ziel ist eine Stadtpolitik im Dialog. Das heißt rausgehen, zuhören, Nachdenken statt lautes Vordenken. Stadtpolitik im Dialog bedeutet das Gespräch mit Betroffenen, Interessenträgern, Fachleuten. Das ist das Erläutern der Entscheidungen und Argumente auch denen ggü., denen wir es vielleicht nicht recht machen konnten.

In der Stadt erleben die Bürgerinnen und Bürger täglich und unmittelbar, ob und wie Demokratie funktioniert. Die Städte gelten zu Recht als Keimzelle und Schule der Demokratie. Stadtpolitik muss daher bürgerorientiert erfolgen. Gerade auf der örtlichen Ebene kann und muss darauf hingewirkt werden, dass Bürgerinnen und Bürger, gesellschaftliche Gruppen aber auch Unternehmen an der Gestaltung ihrer Stadt mitwirken. Denn die wirklich Sachverständigen sitzen nicht immer im Rathaus, sondern wohnen in der Stadt. Es geht auch darum, den vorhandenen Sachverstand zu nutzen, um bessere Ergebnisse zu erzielen.

Das ist nicht immer leicht, aber alternativlos. Themen wie das Bäderkonzept, die Kultur- und Kongresshalle und auch die Hochhausfrage lassen sich anders lösen, als es Schwarz-Gelb oft über die Köpfe der Menschen hinweg versucht haben.

Meine Vorstellung ist hier eine Kultur der Beteiligung vor Entscheidungen. Damit soll nicht die Verantwortung der Politik geschmälert werden, sondern die Bürgerschaft für die Stadt aktiviert werden. Dialog ist auch ein Werkzeug für mehr Gerechtigkeit. Daher sind die Teile der Bürgerschaft besonders anzusprechen, die sonst eher keine Lobby haben.

Die bekannten Instrumente Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sind so angelegt, dass die Bürgerinnen und Bürger erst dann nach ihrer Meinung gefragt werden, wenn der Streit schon eskaliert ist. Lieber vorher reden, als nachher sprachlos sein! Das ist eine Stadtpolitik im Dialog.

Dafür setze ich beispielsweise auf folgende Ansätze:

- Neue Formen der Bürgerbeteiligung, z.B. durch Bürgerbefragungen.
- Ausbau bestehender Beteiligungsinstrumente, aber auch Entwicklung neuer Beteiligungsformen: Das Jugendparlament weiter stärken und die Seniorenvertretung direkt wählen.
- Aufwertung der Stadtbezirke z.B. durch höhere Bezirksbudgets. Die Kompetenz unserer Bezirkskolleginnen ist enorm. Es gilt aber auch dort: ohne Moos nichts los. Darum sollten wir anstreben, die frei verfügbaren Mittel für die Bezirke zu erhöhen. Die Bezirksvertretungen können damit zielgenaue Entwicklungen in den Quartieren steuern.
- Aufwertung der Ehrenamtlichkeit z.B. durch kostenfreie Überlassung städtischer Räume an gemeinnützige Vereine und Einrichtungen.

Apropos Vereine: In Sachen Bäderschließungen hat Schwarz-Gelb vorgemacht, wie weit sie sich von den Möglichkeiten und den Anliegen der ehrenamtlich Aktiven entfernt haben: Das Nein auch nur zu einer Schonfrist in Sachen Südbadschließung wie auch die aktuelle Knebelung der Handorfer Bürgerbadinitiative zeigen, wie wir es nicht machen wollen.

Faire Kooperation und Lastenverteilung, angemessene Mitverantwortung der Stadt – nur so wird Bürgereinsatz ernst genommen. Diese Chance wollen wir – wenn die Bedingungen es zulassen – auch beim Südbadprojekt nicht ungenutzt lassen.

2. Solidarische Stadtgemeinschaft: Münster hält zusammen

Liebe Genossinnen und Genossen,

Das große, überwölbende Thema, unter dem ich antrete, ist die solidarische Stadtgemeinschaft: Sie ist Ziel und damit Maßstab des Handelns.

Rund 23.000 Menschen in Münster leben von Unterstützungsleistungen zur Sicherung des sog. Existenzminimums. Und insgesamt sind es noch mehr Bürgerinnen und Bürger, die als arm gelten, weil sie mit weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens auskommen müssen. Wer arm ist, wird überdurchschnittlich häufig ausgegrenzt. Arm ist, wer nicht arbeiten kann, wem Deutschkenntnisse fehlen, wer seine Kinder nicht in der Schule unterstützen kann. Und wir wissen aus dem letzten Armutsbericht (2002) der Stadt, dass es einen engen Zusammenhang gibt zwischen sozialem Status und Gesundheit speziell von Kindern.

Die Stadtpolitik kann zwar nicht die gesellschaftliche Einkommensverteilung beeinflussen. Sehr wohl aber die Ursachen und Folgen von Armut bekämpfen. Das ist Aufgabe einer solidarischen Münsterpolitik. Und die Basis für eine nachhaltige Entwicklung in die Zukunft und ein gutes Leben möglichst vieler.

Schwarz-Gelb hat in den letzten Jahren viel dafür getan, unsere Stadt zu spalten: mit der Abschaffung des Münster-Passes, mit dem Beschluss, Erwerbslose in billigere Wohnungen zu schicken, mit Kürzungen bei Sozialverbänden und Beratungsstellen, mit einer falschen Wohnungspolitik usw.

Erwähnt werden sollte hier auch die inakzeptablen Gehaltskürzungen der Koalition bei den Erzieherinnen: Das ist arbeitnehmer- und familienfeindlich und zeigt wiederum, wo aktuell die Maßstäbe liegen. Die SPD wird hier mit einer neuen Ratsmehrheit gegensteuern: Die Wahrung von Arbeitnehmerinteressen, eine gute Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Personalvertretungen – das kann ich als sozialdemokratischer OB-Kandidat fest zusagen.

Grundsätzlich ist Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ein wichtiger Ansatz für uns: Die SPD will deshalb für einkommensschwache Familien und Erwachsene einen Vergünstigungspass „Münster für alle“. Wer ihn hat, soll für möglichst alle kulturellen und sozialen Angebote der Stadt nur die Hälfte zahlen müssen. Ob Schwimmbäder, Zoo, Stadttheater, Stadtbücherei, Musik- oder Volkshochschule: Eine lebenswerte Stadt schließt nicht aus, sondern ist offen für alle Bürgerinnen und Bürger!

Zu einer solidarischen Stadtpolitik gehört auch, dass Energie bezahlbar gehalten werden muss. Deshalb wollen wir für einkommensschwache Haushalte einen Sozialtarif auf Stadtwerkeleistungen einführen. Schwarz-Gelb ist nicht überraschend auch dagegen. Ich sage: Wenn „eon“ in der Lage ist, Sozialtarife anzubieten, dann sollte ein 100 % kommunales Stadtwerk hierzu erst recht in der Lage und verpflichtet sein. Die CDU Münster will jetzt wohl die Mehrwertsteuer auf Energie senken lassen – nur merkwürdig, dass von ihr diese Forderung auf dem nur wenige Tage zurückliegenden CDU-Landesparteitag nicht zu hören war.

Arbeitslosigkeit: Für die 9.000 gemeldeten Erwerbslosen sollte an erster Stelle selbstverständlich die Vermittlung auf einen Arbeitsplatz stehen. Deshalb brauchen wir eine starke, eine florierende Wirtschaft. Deshalb unser Einsatz für neue gewerbliche Möglichkeiten. Und die, die auch bei einem sich verbessernden Arbeitsmarkt keine Chance haben, sollten Beschäftigung auf einem öffentlich geförderten Arbeitsplatz finden. Durch Beratung und Qualifizierung kann eine Verbesserung der Lebenssituation von Langzeitarbeitslosigkeit erfolgen. Und genau deshalb wehren wir uns gegen die massiven Kürzungen bei AIM, deshalb fordern wir ein umfassendes Konzept der kommunalen Arbeitsmarktpolitik!

3. Münster macht Schule bei Bildung und Betreuung

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wissen: Erwerbslosigkeit hat häufig auch mit fehlenden Qualifikationen zu tun. Und wir wissen aus der PISA-Studie und auch Untersuchungen an der WWU, dass einem gleichberechtigten Bildungserfolg vor allem zwei Hindernisse entgegenstehen: Zum einen gibt es einen engen Zusammenhang zwischen dem sozialen Status der Eltern und dem Bildungserfolg der Kinder. Zum anderen ist eine nichtdeutsche Herkunft häufige Ursache für Brüche und Misserfolge in den Bildungsbiografien. Nicht selten tritt beides zusammen auf.

Chancengerechtigkeit herstellen heißt deshalb auch, in Bildungsbiografien zu denken und nicht in Bildungsinstanzen. Ein Kind wechselt heute bereits in den ersten Lebensjahren zwischen Familie, Kindertagesstätte und Schule mehrfach die zuständige Bildungseinrichtung. Das heißt, dass an diesen bildungsbiografischen Übergängen im Sinne der Kinder zu arbeiten ist.

Die Bildungsangebote in Münster zeichnen sich durch Qualität und Vielfalt aus. Um jedoch den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein, müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden. Unser Ziel sollte es sein, Münster zu einer der führenden Kommunen bei der frühkindlichen Bildung zu machen. Auf diese Weise wollen wir einen Beitrag leisten, dass die Bildung der Kinder in Münster nicht länger eine Frage der sozialen Herkunft ist.

Liebe Genossinnen und Genossen,

von Familienpolitik ist in den letzten Jahren viel gesprochen worden. Und in der Tat, es hat sich in unserem Land, das dafür bekannt ist, Spielplätze einzuzäunen, Verbotsschilder auf Rasenflächen aufzustellen und Fußballspielen von Kindern auf dem Hof zu verbieten, einiges getan. Und es hat sich auch in Münster einiges getan.

Dazu hat, das sage ich nicht ohne Stolz, die SPD eine ganze Menge beigetragen. So geht der Ausbau der Kitaplätze und der U-3-Betreuung ganz wesentlich auf Initiativen der SPD-Ratsfraktion zurück. Ich weiß, Marion (Tüns), dass du dir das bereits in deiner Funktion als kinder- und jugendpolitische Sprecherin auf die Fahnen geschrieben hast und dass, du Anne (Hakenes), das nahtlos fortgesetzt hast.

Aber, wir sind auch in Münster bestenfalls auf dem Weg und lange noch nicht am Ziel. Das hat gerade auch die jüngste Studie des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts gezeigt. Dort wurden die 30 größten Städte Deutschlands hinsichtlich ihrer Standortbedingungen verglichen. Münster belegt dort einen ernüchternden 21. Rang - punktgleich mit Duisburg. Ja, mit Duisburg.

Nun kann man mit Winston Churchill sagen, traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast. Aber einige Fakten muss man zur Kenntnis nehmen. Ein wesentlicher Aspekt der Studie war die Bevölkerungsentwicklung. Gelingt es einer Stadt, junge Menschen und Familien zu halten oder sogar von außerhalb anzulocken, dann stimmen die Rahmenbedingungen für Familien.

Liebe Freundinnen und Freunde,

genau in dieser Frage schnitt unsere Stadt besonders schlecht ab. So ist die Geburtenrate in Münster mit 1,1 Kindern pro Frau die niedrigste überhaupt! Die Forscher rechnen daher bis 2020 mit einem Bevölkerungsrückgang um sechs Prozent. Wenn ich das lese, stoßen mir die Reden von der familien- und kinderfreundlichsten Stadt bitter auf: „Münster wächst“ entlarvt sich hier überdeutlich.

Münster muss, wir müssen familienfreundlicher werden! Ausdrücklich verbinde ich meine Kandidatur mit dem Anspruch und dem Versprechen, mehr für Kinder, junge Menschen und Eltern zu tun. Gemeinsam mit Euch möchte ich und werde ich Kinder besser fördern und Familien spürbar entlasten. Und das auch finanziell. Denn gerade Familien sind von den massiven Preiserhöhungen bei Lebensmitteln und Energie besonders betroffen.

Deshalb will die SPD ein beitragsfreies Kitajahr einführen. Lasst mich kurz erläutern, was das konkret für eine Durchschnittsfamilie bedeutet. Nehmen wir eine Familie mit 38.000 Euro Bruttojahreseinkommen. Diese Familie muss monatlich bis zu 115 Euro zahlen – abhängig von der „gebuchten“ Stundenzahl. Kosten für Mahlzeiten kommen obendrauf.

Liebe Genossinnen und Genossen, dieses Beispiel verdeutlicht, welche Belastungen gerade junge Familien zu stemmen haben. Hier gilt es anzusetzen. Und hier werden wir ansetzen. Das beitragsfreie Kitajahr verstehen wir dabei als Einstieg in die kostenlose Betreuung von Kindern. Denn das ist unser Ziel. Das ist mein Ziel. Klar ist, dass eine komplett kostenfreie Kinderbetreuung nicht allein kommunal zu finanzieren ist. Da sind in erster Linie Land und Bund gefragt. Die SPD in Bund und Land unterstützen uns dabei. - Während der selbsternannte Familienfreund Rüttgers, lasst mich das am Rande erwähnen, mit seinem KiBiz die finanzielle Belastung vom Land auf die Kommunen abgewälzt hat. Durch KiBiz müssen wir in Münster 2,8 Millionen Euro mehr bezahlen. Jährlich!

Zurück zu unserer Initiative: Wir wollen, dass Münsters Eltern zunächst für das letzte

Kitajahr keine Beiträge mehr bezahlen. Und zwar schnell. Die Ratsfraktion hat deshalb beantragt, damit ab 2009 zu starten. Und natürlich haben wir vorher durchrechnen lassen, was die Einführung eines kostenlosen Kitajahres kosten würde. 1,8 Millionen Euro – aus unserer Sicht bei der richtigen Prioritätensetzung im städtischen Haushalt finanzierbar. Richtige Prioritätensetzung heißt für uns: Wir wollen Münster in eine familien- und standortpolitische Vorreiterrolle bringen. Bildung und Betreuung statt Straßenneubau. Wir wollen lieber Kinder fördern und Eltern entlasten, statt eine mehrere Millionen Euro teure und ökologisch nicht verantwortbare Trasse durch das Kinderbachtal!

Noch gibt es keine Antwort der Koalition auf unseren Vorstoß. Aber erste Zeichen deuten darauf hin, dass Münsters Familien mit blumigen Worten getröstet werden. Dazu sage ich: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben: Wenn nicht jetzt, dann im nächsten Jahr mit einer rot-grünen Ratsmehrheit und einem sozialdemokratischen Oberbürgermeister!

Liebe Genossinnen und Genossen, Politik für die Menschen ist zuallererst Politik für die Familien. Familien sind die stabilen Zentren unserer Gesellschaft. In den Familien finden die Menschen Geborgenheit. Wir fördern und wir unterstützen Familien in allen ihren Formen. Wir machen keine Vorschriften, wie die Menschen leben sollen. Wir akzeptieren, wie sie leben wollen, denn das ist unser Verständnis von Freiheit.

Für uns ist entscheidend, dass in der Familie Menschen ganz unmittelbar Verantwortung füreinander tragen. Das heißt vor allen Dingen: Verantwortung für Kinder. Wir haben schon unter Rot-Grün gehandelt (auch im Bund).

Aber was bislang erreicht wurde, das genügt uns eben nicht. Ich sage: Die große Aufgabe der kommenden fünf Jahre heißt massive Investitionen in Ganztagsbetreuung. Das ist gut für die Kinder, keine Frage. Aber das ist auch gut für die Frauen in Münster. Wer die Realität kennt, der weiß: Familie und Beruf kriegt man nur zusammen, wenn die Betreuung stimmt. Genau das wollen wir.

Denn die Frauen wollen wirkliche Wahlfreiheit. Das heißt, sie wollen eben nicht vor die Alternative gestellt werden, sich für Beruf oder Familie entscheiden zu müssen. Sie wollen vielmehr Familie (das heißt das Leben mit Kindern) und Beruf in Einklang bringen. Wir wollen den vernünftigen Rahmen dafür setzen, dass das auch möglich ist!

Liebe Genossinnen und Genossen,

Bildungsgerechtigkeit heißt für mich auch, dass Kinder aus einkommensschwachen Familien ein kostenloses Mittagessen im Rahmen der Offenen Ganztagschule erhalten. Die hierfür bislang anfallenden Beiträge sind für viele Familien ein Grund, ihre Kinder nicht für ein Ganztagsangebot anzumelden. Mit der Möglichkeit eines kostenlosen Mittagessens für bedürftige Kinder können durch einen relativ geringen kommunalen Mitteleinsatz soziale Schranken im Bildungssystem abgebaut werden.

Und: Ganztagsbetreuung wird ein wichtiges Thema an den weiterführenden Schulen. Während der Ausbau an den Hauptschulen auf einem guten Weg ist, müssen die Platzzahlen an Gymnasien und Realschulen nach unserer Auffassung deutlich gesteigert werden.

Schule und Bildung sind, dieser Hinweis ist mir wichtig, auch der Schlüssel zur Integration unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mit ausländischer Herkunft (60.000 Münsteraner haben eine Migrationsvorgeschichte). Auch die muss bei den Kindern ansetzen, und die Erwachsenen mitnehmen. Wenn wir dort gleiche Chancen schaffen, kann in diesen und den Folgegenerationen Integration gelingen.

4. Nachhaltiges Handeln für Münsters zukünftige Generationen

Liebe Freundinnen und Freunde,

Münster braucht gerade mit Blick auf zukünftige Generationen eine Stadtentwicklungspolitik, die nachhaltig und integrierend handelt. Was meine ich damit?

Die flächendeckende Wachstumsorientierung führt in die Irre. Neue qualitative Ansätze - danach verlangt nicht nur der demographische Wandel. Das wird eine der großen Zukunftsaufgaben für unsere Stadt. Dafür braucht man ein Gefühl für die Stadt, ein Bild von der Stadt. Unverwechselbarkeit und Einzigartigkeit können sich nur dann gegen den Trend zur Gleichförmigkeit durchsetzen, wenn man der Beliebigkeit widersteht – und Münster-gerechte Lösungen gemeinsam mit der Bürgerschaft entwickelt.

Viele Städte verabschieden sich heute im Zuge von Haushaltskrisen, Globalisierung und kommunalem Standortwettbewerb weitgehend von ihrem gestaltenden Anspruch. Dazu kommt eine Wettbewerbssituation um die immer knapper werdenden Flächenressourcen, in der die Anbieter großflächigen Einzelhandels und die Discounter praktisch alle anderen Nutzungen im Preis überbieten.

Nachhaltige Stadtentwicklungspolitik muss hier einen *aktiven* Gestaltungsanspruch vertreten. Mit einer integrierten, nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik und einem das Stadtbild respektierenden Städtebau können wichtige Voraussetzungen für das öffentliche Leben in Münster gelegt werden. Dies ist bekanntlich auch unser Ansatz in Sachen „York-Tower“: Hochhäuser sollen nicht an jeder beliebigen Stelle in Münster gebaut werden können. Es gibt genug attraktive Bereiche, die hierzu angeboten werden können. Aber in Sachen falsche Standortwahl für Bauprojekte entwickelt Schwarz-Gelb ja inzwischen eine Tradition.

Zu den großen zukünftigen Aufgaben der Stadtentwicklung gehört die Nutzung der brachfallenden Flächen im Bereich des Stückgutbahnhofes, des Mittelhafens und bald auch der britischen Kasernen. Hier ergeben sich neue Chancen der Innenentwicklung, die mit klaren Planungszielen aktiv genutzt werden müssen. Vorrangig Wohnen und nachgeordnet auch gewerbliche Nutzungen sollten hier neue Möglichkeiten für die Entwicklung unserer Stadt eröffnen. Und die Bürger sollten auch hier mitplanen können!

Nachhaltige Entwicklung bedeutet für mich:

- Innenentwicklung vor Außenentwicklung, das heißt u.a. eine gesunde Funktionsmischung von Wohnen, Gewerbe und Freizeit;

- Stärkung der Stadtteile und Stabilisierung der Stadtquartiere;
- Verankerung des Klimaschutzes in allen dafür relevanten Politikfeldern
- sowie ein bezahlbares Wohnangebot für junge Familien.

Stichwort Wohnungspolitik: Angesichts der dramatischen Verknappung des preisgebundenen Wohnungsangebots in Münster von 19.500 Wohnungen in 1985 auf aktuell 11.000 (7,6 % aller Wohnungen) und auf voraussichtlich 7.000 Wohnungen in sieben Jahren muss endlich entschieden gegengesteuert werden. Die SPD arbeitet hier im Rat zusammen mit den Grünen hart am Thema, von anderen Fraktionen kommt leider fast nichts.

Schlimmer: Der aktuelle Verkauf der 6.000 WGM und GWN-Wohnungen an eine US-Heuschrecke stellt einen dramatischen Bruch für unseren Wohnungsmarkt dar. 6.000 Wohnungen fallen aus der öffentlichen Verantwortung in amerikanische Maklerhände! Leider war vor zwei Tagen im Rat bei Schwarz-Gelb nicht einmal die Bereitschaft zur Prüfung erkennbar, inwieweit die Stadt hier hilfreich gegensteuern kann. Im Gegenteil, die FDP freut sich sogar über die Entwicklung. Ich wage die Prognose: Hier baut sich eine klare politische Auseinandersetzung an. Für heute will ich nur sagen: Wir werden den Weg zu den Mieterinnen suchen und uns kümmern! Wir wollen in Münster keinen Wohnungsmarkt unter Einfluss von Heuschrecken!

Zur nachhaltigen Stadtentwicklung zähle ich auch die Einbindung der älteren Menschen: Unsere Politik muss helfen, dass etwa das Bleiben im gewohnten sozialem Umfeld, Teilhabe an der Stadt, häusliche Pflegemöglichkeiten und Mobilität selbstverständliche Kriterien unserer Arbeit für die Älteren sind.

Stichwort Mobilität: 160.000 Autos werden täglich in Münster bewegt und auf den Autobahnen werden schwindelerregende Zuwächse prognostiziert. Das ist eine der großen Herausforderungen für den Klimaschutz. Wir wollen hier mit klaren Zielen arbeiten: Nicht den motorisierten Verkehr verteufeln, aber die Alternativen zum Pkw attraktiv machen und den notwendigen Verkehr menschenverträglich organisieren. Konkret heißt das:

- Straßenbau nur dort, wo mit anderen Mitteln keine problemadäquaten Lösungen gefunden werden können und Bündelung des Verkehrs auf den dafür geeigneten Hauptachsen.
- Erarbeitung eines Logistik-Konzepts, das die Schwerverkehre in autobahnnahe Güterverkehrszentren organisiert und die innerstädtischen Schwerverkehre auf den Ziel- und Quellverkehr reduziert.
- Intelligenz statt Beton, d.h. elektronische Lösungen zur Steuerung der Verkehrsströme im Straßenraum.
- Weiterer Ausbau des Radwegenetzes.

Im Öffentlichen Nachverkehr wird es u.a. darum gehen, auch die Potenziale der vorhanden schienen-gebundenen Möglichkeiten im Stadtgebiet endlich zu nutzen. Hier ist seit 1999 so gut wie nichts mehr vorangekommen, auch das muss sich dringend ändern!

Liebe Genossinnen und Genossen,

heute ist unbestritten: nachhaltiges Denken bezieht sich auch auf die finanziellen Möglichkeiten der Stadt. Um Handlungsmöglichkeiten für eine dauerhaft soziale Politik zu schaffen, muss die hohe Verschuldung der Stadt Schritt für Schritt abgebaut werden. Dabei müssen meines Erachtens Augenmaß und die Beteiligung starker Schultern deutlich mehr als bislang in die Entscheidungen des Rates Eingang finden.

Ich habe davon gesprochen, dass unsere Stadt wieder in ein Gleichgewicht gebracht werden muss. Wir müssen daher bereit sein, notwendige Zukunftsaufgaben anzugehen und sinnvolle Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Wir können uns nicht alles leisten, aber wir können es uns überhaupt nicht leisten, das Notwendige für die Zukunft Münsters zu unterlassen.

Nochmal: Selbstverständlich muss die öffentliche Hand sparsam mit den Steuergroschen umgehen. Wogegen ich mich aber ausspreche, ist die bewusste Herbeiführung des verarmten Staates. Ein Staat, der Bildung und damit soziale Gerechtigkeit stärken will, muss auch finanziert werden. Das erfordert eine vitale und besteuerebare Wirtschaft. Diese zu stärken, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Unternehmen auch angemessen zu besteuern, gehört mit zu den Voraussetzungen für eine aktive Bildungspolitik in Münster.

Der städtische Handlungsspielraum hängt also zu einem großen Teil von der Leistungsfähigkeit der Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen in unserer Stadt ab. Hier vernünftige Rahmenbedingungen und fördernde Möglichkeiten für den Erhalt der vorhandenen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu sichern, gehört ebf. zur Aufgabe einer neuen solidarischen Mehrheit im Rathaus.

Neben der von der SPD seit langem geforderten Bündelung der Technologieförderung und einer ausreichenden Infrastruktur- und Flächenvorsorge setzen wir auf Initiativen für den Übergang Schule und Beruf sowie eine stärkere Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft. Münster verfügt als Wissensstandort über enorme Potentiale, die immer noch nicht ausreichend nutzbar gemacht sind.

Darüber hinaus muss in der regionalen Perspektive endlich ein Schub für echte Zusammenarbeit her: Wir können uns das lokal beschränkte Kirchturmdenken nicht länger erlauben und müssen mit benachbarten Städten und Kreisen zu einer neuen Form der Kooperation finden. Stadtregionen wie Mannheim/Tübingen oder Nürnberg machen vor, wie es gehen kann.

*** **

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir wollen die Zukunft dieser Stadt gestalten. Hierzu habe ich Euch vier Leit motive für meine Arbeit als möglicher neuer Oberbürgermeister vorgestellt:

1. Bürgerstadt Münster: Stadtpolitik im Dialog
2. Solidarische Stadtgemeinschaft: Münster hält zusammen
3. Münster macht Schule bei Bildung und Betreuung
4. Nachhaltiges Handeln für Münsters zukünftige Generationen

Wir wollen eine gerechtere, wir wollen eine sozialere und wir wollen auch eine ökologisch sensiblere Stadt: Ein menschliches Münster, stark und sozial.

Und ich will an dieser Stelle an die Erfolge der regierenden Sozialdemokraten in den 90er Jahre erinnern (Rot-Grün). In dieser Zeit sind überzeugende rote Wegmarken für eine gute Entwicklung in dieser Stadt gesetzt worden: In der Sozial- und Gesundheitspolitik, in der Technologiepolitik, beim Klimaschutz, in der Wohnungspolitik, im Hafen, bei der Geschlechtergerechtigkeit, in der Finanzpolitik – und mit Marion TÜNS als überzeugender Frau an der Spitze.

Wir wollen heute einen Kurswechsel mit dem Ziel einer solidarischen Politik, die der erkennbaren Spaltung der Stadtgesellschaft entgegentritt: Wir wollen Umsteuern mit einer Politik, in der starke Schultern mehr tragen als schwache, in der die Möglichkeiten von Bildungs- und Kultureinrichtungen weiterentwickelt werden und in der die Lebensqualität für alle stimmt: Im Münster der Zukunft sollen Gerechtigkeit und Lebensqualität erkennbar miteinander verbunden werden!

Dafür brauchen wir das Vertrauen der Menschen. Vertrauen bekommen wir nur, wenn wir glaubwürdig reden und handeln.

Wir sind in Münster gut aufgestellt: inhaltlich und bei aller Bescheidenheit auch personell. Darum können wir selbstbewusst in die Zukunft blicken. Wenn wir die Ärmel hochkrempeln und weiter mit Herz und Verstand für Münster arbeiten, werden wir 2009 eine neue Mehrheit im Rat anführen.

- Mannschaftliche Geschlossenheit, konsequentes Arbeiten und die richtige Aufstellung – Jogi Löw und sein Team haben vorgemacht, wie es geht. -

Ich wünsche mir und ich wünsche uns, dass der heutige Tag zum Ausgangspunkt wird für den entscheidenden Erfolg in einem Jahr!

Münsters Zukunft gehört in gute Hände – mit einer Politik für eine solidarische Mehrheit. Ich habe beschrieben, was zu tun ist, Ich habe vermittelt, mit welchem Denkansatz ich arbeite. Lebensqualität ist das, was ich für die Bürgerschaft und die Stadt möchte. Mit diesem politischen Angebot werbe ich für einen Politikwechsel im Rathaus, der Münster in eine gute, in eine bessere Zukunft führt.

Wenn die Partei - und das seid Ihr - mir das Vertrauen schenkt, verspreche ich, dass ich mich dieser Aufgabe mit meiner ganzen Kraft und meinem ganzen Einsatz widmen werde.

Ich danke für Eure Aufmerksamkeit.